

Tobak-Arbeiter

Nr 24 / Bremen, den 12. Juni 1926

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen.
— Monatslicher Bezugspreis 40 Goldmark ohne Bringerlohn. — Anzeigenpreis 50 Goldmark für die viergespaltene Zeitspalte. — Schluß der Anzeigenannahme und der Redaktion Montag abend. — Verantwortlicher Redakteur: Ferdinand Dahms.
— Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Karl Reichmann. — Druck: Bremer Buchbruckeret und Verlagsanstalt J. H. Schmalzfeldt & Co. — sämtlich in Bremen

Verbandsvorstand, Redaktion u. Expedition: Bremen, An der Weide 201, Telefon: Amt Roland 6046. — Geld- und Einschreibsendungen an Johannes Krohn. — Postcheckkontos 5849 beim Postamt Hamburg. — Bankkonto: Bankabteilung der Groß-einkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Berlin. — Verbandsvorsitzender: Karl Reichmann. — Verbandsauschuß: L. Schwene, Hamburg, Befenslindehof 57, Zimmer 4546

Gewerkschaftsmitglieder!

Zwölfseinhalf Millionen deutscher Männer und Frauen haben im März 1926 den Volksentscheid über die entschädigungslose Enteignung der deutschen Fürsten gefordert. Mit dieser gewaltigen Willenskundgebung hat das deutsche Volk zum ersten Male selbst die Initiative zur Gesetzgebung in einer Frage von weittragender Bedeutung ergriffen.

Es ist kein Zufall, sondern in der Geschichte des Kampfes um die Sicherung und den Ausbau der deutschen Republik begründet, daß der erste Akt unmittelbarer Gesetzgebung durch das Volk um den Sieg des Gedankens geht:

Volksrecht bricht Fürstenrecht!

Die Fürsten selbst haben diese Entscheidung heraufbeschworen. In einer Zeit, in der Millionen deutscher Arbeitnehmer ohne Arbeit sind und von kargen Unterstützungen leben müssen, in einer Zeit, in der viele Hunderttausende von Invaliden und sonstigen Sozialrentnern, Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen sich in Not befinden, nach einem Krieg, in dem Millionen deutsche Frauen und Mütter ihre Männer und ihre Söhne haben hergeben müssen, wissen die ehemaligen deutschen Fürsten keinen anderen Weg, ihre Vaterlandsliebe

zu betätigen, als um ihres privaten Vorteils willen ungeheuerliche Ansprüche an Geld und Gut an den neuen Staat zu stellen. Kein Wunder, daß die Fürsten mit diesen „landesväterlichen“ Bestrebungen auf verständnisvolle Unterstützung aller jener Kreise in Deutschland rechnen können, die noch immer darauf hoffen, eines Tages die verhasste Republik stürzen und ihre Diktatur an Stelle des demokratischen Staates setzen zu können. Von dieser Diktatur, deren Pläne in den letzten Wochen aufgedeckt wurden, bis zur Wiederaufrichtung der alten Fürstenherrlichkeit, ist nur ein Schritt.

Inzwischen sollen den Fürsten Hunderte von Millionen deutschen Volkvermögens als Bartegeld ausgezahlt werden. Die Reparationszahlungen, an denen besonders das arbeitende Volk in den nächsten Jahren zu tragen haben wird, sind in den Augen der Monarchisten offenbar noch keine genügend schwere Belastung. Das deutsche Volk soll außerdem neue schwere Lasten in Form von

Reparationszahlungen an seine früheren Beherrscher

auf seine gedulbigen Schultern nehmen. Das muß der Volksentscheid verhindern. Die Habsucht der deutschen Fürsten steht in umgekehrtem Verhältnis zu den Verdiensten, die sie um Land und Volk erworben haben. Die Glendjahre seit dem Kriege sind die bitteren Folgen jener verfehlten Politik, deren verantwortliche Träger die Fürsten und ihre monarchistische Gefolgschaft gewesen sind.

Es gilt, das Recht des neuen Staates, das Interesse des Volksganzen zu verteidigen gegen die Anmaßung der Fürsten wie gegen die Putschpläne der Monarchisten. Das ist die große Bedeutung des

Volksentscheids am 20. Juni.

Die Entscheidung kann für die organisierten Arbeitnehmer in Stadt und Land nicht zweifelhaft sein. Am 20. Juni gibt es nur eine Antwort auf die Forderung der Fürsten: Das einmütige „Ja“ aller Arbeiter, Angestellten und Beamten für die entschädigungslose Enteignung.

Gewerkschaftsmitglieder! Unterstützt die Sammlungen für den Volksentscheid, jeder nach seinen Kräften. Eure Beiträge müssen den Weg zum Sieg bahnen.

Zum Sieg des freien Volkes über seine Unterdrücker.

Zum Sieg der deutschen Republik über ihre Feinde.

Der Wille des arbeitenden Volkes muß das Recht des neuen Staates bestimmen.

Berlin, den 5. Juni 1926.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.

Agitiert und arbeitet für den Volksentscheid!

„Die Staatsgewalt geht vom Volke aus,“ so heißt es im Artikel der republikanischen Reichsverfassung. Am 20. Juni hat das deutsche Volk erstmalig zu beweisen, daß es imstande und politisch reif genug ist, seinen Willen als direkter Gesetzgeber durchzusetzen, nachdem Regierung und Reichstag als gewählte Repräsentanten des Volkes es abgelehnt haben, dem Volkswillen Rechnung zu tragen. Reichsregierung und Reichstag haben entgegen dem Verlangen der mehr als 12 1/2 Millionen Wähler sich geweigert, dem durch Volksbegehren vorgelegten Bescheid für entschädigungslose Enteignung der Fürsten zuzustimmen und somit Gesetzeskraft zu verleihen. So bleibt

denn kein anderer Ausweg als der, daß das Volk selbst das Amt des Gesetzgebers ausübt. Dieser geschichtlich höchst bedeutungsvolle Akt muß sich zu einer gründlichen Abwehr der maßlosen Ansprüche der vor der Revolution davongelaufenen Fürsten und ihrer Clique gestalten. Gelingt diese Abwehr nicht, gelingt es den vereinten Anstrengungen aller Republikaner nicht, die Hälfte aller Wahlberechtigten am 20. Juni an die Wahlurne zu bringen und damit eine Mehrheit durch Abgabe eines Stimmzettels für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten zu erzielen, dann ist der Weg freigelegt für den unglaublichen Milliardenraub gegen deutsches Volksgut.

Mit dieser Abstimmung fällt aber zugleich die Entscheidung über die Frage

Republik oder Monarchie!

Die deutsche Arbeiterklasse und mit ihr alle wirklichen Republikaner müssen sich völlig klar werden darüber, daß mit dem Aufwerfen der Flaggenfrage durch die Regierung Ludwig mit dem Bekanntwerden der Putschpläne Jugenbergs und seines hochverrätherischen Anhanges

Der Kampf um Sein oder Nichtsein der deutschen Republik

entsetzt worden ist. Eine Niederlage beim Volksentscheid würde den Reaktionen aller Schattierungen den Rücken steifen. Auslieferung deutschen Volkvermögens an zwei Duzend Fürstentumskinder, Erstarken der putschistischen, sogenannten vaterländischen Verbände mit Hilfe fürstlicher, dem Staat abgetragener Gelder und Unterdrückung der arbeitenden Klasse. Alle Republikfeinde haben sich für den bevorstehenden Kampf gegen Volk und Verfassung zusammengefunden, um den Sieg des Volksentscheides zu verhindern. Die Arbeiterklasse und mit ihr alle Verteidiger der deutschen republikanischen Reichsverfassung nehmen diese Kriegserklärung der Monarchisten zur Kenntnis. Gestärkt durch das mutige Bekenntnis zur Republik, das Millionen deutscher Männer und Frauen beim Volksbegehren abgelegt haben, schöpfen die Verteidiger der Republik neue Kraft, um durch unermüdbare Verarbeitung bis zum 20. Juni das Volksurteil gegen das Gottesgnadentum, gegen die ohnehin schwerreichen Nichtsteuer und begehrlichen Parasiten zu einem vernichtenden Volksgericht über alle Republik- und Arbeiterfeinde zu gestalten.

Wo Millionen Arbeitslose mit ihren Familien hungern und darben müssen, wo ein großes Volk unter der drückenden Last aus dem Weltkrieg noch Jahrzehnte leiden wird, da müssen die Gewerkschafter im ganzen Reich alle Kraft einsetzen, zu verhindern, daß zu der Reparationslast noch die Fürstenlast hinzukommt.

Noch hat das Volk die Macht und das Recht in seinen Händen, noch kann es sein Schicksal am 20. Juni durch den Volksentscheid zu seinen Gunsten wenden. An diesem Tage haben insbesondere alle deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen, alle Kriegs- und Inflationsopfer sich zu entscheiden darüber,

ob viele der zahllosen Fürstenschlösser in Volksasylorien für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene, für Sozial- und Kleinrentner umgewandelt werden sollen,

ob aus den sogenannten Fürstenvermögen die bedürftigen Opfer der Inflation ausreichend erhalten werden sollen,

ob ferner der fürstliche Großgrundbesitz als Siedlungsland an die Landarbeiter, Kleinpächter und Kleinbauern aufgeteilt werden, oder ob dieser ganze riesenhafte Besitz, auf dessen Nutzung der neue Staat ein Anrecht hat, den Fürsten zu beliebiger Verwertung ausgeliefert werden soll.

Für die Millionen Gewerkschaftsmitglieder entsteht die besondere Aufgabe, an der Gewinnung und Aufklärung der Millionen Gleichgültiger bis zum Abstimmungstage nach besten Kräften mitzuarbeiten, dafür zu sorgen, daß alle Kreise des schaffenden Volkes zu den Kosten des Volksentscheides beitragen, um den Sieg über die Arbeiter- und Republikfeinde zu einem überwältigenden zu gestalten.

Sammelt euch, schließt die Reihen!

Schafft durch den Volksentscheid das mit der Republik geborene Recht.

„Im Namen des Volkes!“

Reichsregierung und Tabakgegner

Wir haben den Schreien der Tabakgegner bisher ebenso wenig Beachtung geschenkt, wie etwa den Bestrebungen der Barfüßler und sonstiger „Heiliger“. Das Interesse der Tabakarbeiter gebietet uns jedoch, in dem Augenblick aus der Reserve hervorzutreten, wo bekannt wird, daß die Reichsregierung den Tabakgegnern finanzielle Mittel zur Verfügung stellt.

Nach einer Mitteilung der Zeitschrift „Junge Gemeinde“ in Weite sind dem Bund Deutscher Tabakgegner vom Reichsministerium des Innern 10 000 Reichsmark zur Bekämpfung des Tabakgenusses unter der deutschen Jugend zugewandt worden. Einmalige Zweifel über die Richtigkeit dieser Meldung werden beseitigt durch eine Antwort, die der Reichsminister des Innern dem Reichstagsabgeordneten Voigt auf eine Anfrage gegeben hat. In dieser Antwort bestätigt der Reichsminister des Innern, daß er dem Bund Deutscher Tabakgegner e. V. (1. Vorsitzender Oberstudient Dr. Hartmann in Leipzig Gohlis, Fiednerstr. 6)

zur Bekämpfung des Tabakmißbrauchs bei den Jugendlichen unter Berücksichtigung der ihm in dieser Hinsicht durch die Beteiligung an der Reichsgesundheitswoche und an der großen Ausstellung für Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Leibesübungen (Düsseldorf 1926) erwachsenen besonderen Aufwendungen eine Beihilfe in Höhe von 10 000 Reichsmark aus Haushaltsmitteln des Rechnungsjahres 1925 bewilligt hat. Und das zur gleichen Zeit, wo das Reichsernährungsministerium Gelder zur Förderung des deutschen Tabakbaues bereitstellt und der Reichsminister der Finanzen sich bemüht, den Ertrag der Tabaksteuer so günstig wie nur möglich zu gestalten. Innerhalb der Reichsregierung geht scheinbar nichts über eine gewisse Einheitlichkeit des Handelns dem Tabak gegenüber.

Doch nun zur Sache selbst. Die bewilligten 10 000 Reichsmark sollen der Bekämpfung des Tabakmißbrauchs bei den Jugendlichen dienen, sind jedoch einer Organisation zur Verfügung gestellt worden, die — wie schon ihr Name sagt — Gegner des Tabakgenusses überhaupt ist. Ihre Anhänger sind Fanatiker, die für alle Krankheiten und Gebrechen, für alles Unglück in der Welt den Tabakgenuß verantwortlich machen. Dabei stört es sie durchaus nicht, wenn andere Fanatiker die gleichen Uebel auf den Genuß von Bier, Fleisch, Kaffee usw. zurückführen. Nun liegt es uns durchaus fern, in den entgegengesetzten Fehler zu verfallen und etwa dem Beispiel des Hamburger Tabakhändlers Peter Heuß zu folgen, der im Jahre 1727 seinen Tobakko de Becco als Allheilmittel gegen alle Leiden des Leibes und der Seele anpries. Uns ist sehr wohl bekannt, daß der Tabakgenuß jugendlichen und kränklichen Personen nicht dienlich ist. Aber muß deshalb das Kind mit dem Bade ausgeschüttet und jeder Tabakgenuß überhaupt verdammt werden? Wir sagen: Nein! Wer das Rauchen, Rauen oder Schnupfen des Tabaks nicht vertragen kann, soll es bleiben lassen, der übrigen Menschheit aber den harmlosen Tabakgenuß nicht verargen.

Selbst in den vom Reichsausschuß für hygienische Volksaufklärung zur Reichsgesundheitswoche herausgegebenen Ratsschlägen zur Gesundheitspflege, in denen für alle jugendlichen Personen das Rauchen verworfen wird, muß anerkannt werden, daß sich gegen ein mäßiges Rauchen im allgemeinen keine erheblichen gesundheitlichen Einwendungen geltend machen lassen und daß der Tabak dem gesunden erwachsenen Menschen einen Genuß verschafft und durch Ablenkung der Gedanken die Nerven beruhigt. Das sollte doch auch den von einer fixen Idee heimgesuchten Tabakgegnern zu denken geben. Im übrigen sei ihnen die Lektüre der nachstehenden Ausführungen empfohlen, die Dr. med. J. Löbel in der „B. Z. am Mittag“ unter dem Titel „Der verleumdete Tabak“ veröffentlicht hat. Dr. Löbel schreibt:

Es gibt kaum eine gute Ehefrau, die ihren Mann nicht täglich einmal auf seinen Hund hinweisen würde, der in drei Minuten starb, wenn man ihm auch nur fünf Milligramm Nikotin einspritzte. Wenigstens war das früher der Fall. Jetzt ist es gewöhnlich der Ehemann, der seiner Frau den Hund als warnendes Beispiel vorhält.

Spielt dieser Hund mit Recht seine so große Rolle in jeder guten Ehe? Gewiß nicht! Denn kein Mann und keine Frau spritzen sich ja Nikotin ein, sondern — sie rauchen.

Rau enthält allerdings der Rauch Nikotin. In hochwertigen Havannablättern zwar nicht, wohl aber in minderen Tabaksorten steckt durchschnittlich 1 Prozent Nikotin, wird aber beim Glimmen, bei einer Temperatur also von 480 Grad, zerstört; immerhin gelangt ein Teil, wenn auch ungeheuer verdünnt, in den Rauch.

Aber verdünnt oder unverdünnt — Gift bleibt Gift! rufen die Tabakgegner. Das mag bei allem anderen der Fall sein, gerade bei Giften stimmt das nicht. Sonst wäre ja auch Sauerstoff ein Gift. Unter hohem Druck erstickt er Mensch und Tier in seinem Ueberfluß; verdünnt, wie ihn die Luft enthält, ist er nicht nur kein Gift, sondern ein lebensnotwendiger Stoff.

Weil eine starke Nikotinelösung einen Hund umbringt, braucht also der Zigarettenrauch noch lange nicht giftig zu sein. In der Tat ist die Zeit vorüber, die im Tabak den Todfeind des Menschengeschlechts sah, den Erreger aller möglichen Krankheiten.

Eine Hauptanlage, die Beschaubildung, Lippen- und Zungenkrebs zu verursachen, ist schon lange lautlos unter den Tisch gefallen. Nicht viel besser ging es der Tabakamblyopie, einer teilweisen oder vollständigen, auf Entzündung der Sehnervenfasern beruhenden Erblindung. Sie tritt fast nur bei Rauchern auf, die — starke Trinker sind, und dürfte ausschließlich aufs Konto des Alkohols zu buchen sein.

Wird man den Tabak auch von der Schuld reinwaschen wollen, daß er das Herz kühlt, namentlich arteriosklerotische Herzerkrankungen erzeugt? Sehr ernste Forscher haben es gerade in der letzten Zeit versucht!

Sie weisen darauf hin, daß nicht alle Herzkranken Raucher sind und nicht alle Raucher herzkrank. „Will man tatsächlich“, so schreibt Cassavardin, „eine Krankheit auf eine Ursache zurückführen, die bei der Hälfte der Kranken fehlt?“ Und Versuche an Studenten einer amerikanischen Universität, publiziert im April-Heft der „Medical Times“, ergaben, daß die Herzstätigkeit der Raucher und Nichtraucher sich bei gleichen sportlichen Leistungen gleich verhielt. Es ist ein Recht für die Tabak-

feindliche Theorie: die Herzen der Raucher arbeiteten nicht schwächer, in Puls und Blutdruck war kein Unterschied festzustellen. „Wenn das Rauchen eine Herzschädigung hervorruft, so bleibt diese noch zu entdecken“, schließt der Bericht.

Die Zigarette scheint die geistigen Funktionen nicht ungünstig zu beeinflussen. Intellektuelle Menschen rühmen dem Rauchen eine Anregung des Gehirns, eine Aktivierung der Intelligenz nach; wenn man Schriftsteller anführen kann, die abstinent waren, so gibt es ebenso viele, welche rauchen, und sie sind nicht die schlechteren.

Wahrscheinlich wirkt der Tabak auf geistige Leistungen so ein, wie es Daumberger und Martin an den Angestellten eines großen Telegraphenamtes konstatiert haben: „Die Wiedergabe ist glänzender zu Beginn des Tages, die intellektuelle und sogar die muskuläre Fertigkeit ist größer als die der Abstinenten; aber gegen Ende des Arbeitstages tritt rascher Ermüdung ein, und die letzten Arbeitsstunden liefern nur mäßige Resultate.“ Die Leistungskurve steigt bei Rauchern höher hinauf, um dann tiefer hinabzufallen — in Ansehung des ganzen Tageswertes heben die Unterschiede sich also auf, der Einfluß des Tabaks ist gleich Null.

Das läßt sich aber auch so auslegen, daß der Raucher in manchen Fällen die Zeit mit der Zigarre nicht totschlägt, sondern besser ausnützt; wer in den Vormittagsstunden seine Hauptleistung zu verrichten hat, zu disponieren, zu konzipieren, am Nachmittag aber die Dispositionen bloß ausführt, die Korrespondenzen unterfertigt u. dergl., für den ist die morgendliche Steigerung durch den Tabak ein Vorteil.

Uebrigens nicht der einzige. Der Tabak hat auch antiseptische Fähigkeiten: Bakterienkulturen, dem Rauche ausgesetzt, gedeihen nicht. Das entspricht auch der Erfahrung, daß Raucher weniger zu Grippe, Hinhautentzündung und Cholera infizieren.

Steuerwert der vom Januar bis März 1926 verkauften Tabaksteuerzeichen

Nach dem amtlichen Ausweis wurden vom 1. Januar bis zum 31. März 1926 Tabaksteuerzeichen verkauft für:

Zigaretten		
Kleinverkaufspreis pro Stück	Versteuerte Menge nach dem Wert der Tabaksteuerzeichen berechnet	Prozent der Gesamtmenge
bis zu 2 S	1 295 Tausend Stück	0,1
zu 3 S	8 116 Tausend Stück	0,7
zu 4 S	18 819 Tausend Stück	1,7
zu 5 S	81 856 Tausend Stück	7,5
zu 6 S	76 999 Tausend Stück	7,0
zu 7 S	36 858 Tausend Stück	3,4
zu 8 S	75 217 Tausend Stück	6,8
zu 9 S	4 902 Tausend Stück	0,5
zu 10 S	266 521 Tausend Stück	24,2
zu 11 S	2 775 Tausend Stück	0,3
zu 12 S	67 019 Tausend Stück	6,1
zu 13 S	3 539 Tausend Stück	0,3
zu 14 S	2 479 Tausend Stück	0,2
zu 15 S	231 195 Tausend Stück	21,0
zu 16 S	2 724 Tausend Stück	0,3
zu 17 S	961 Tausend Stück	0,1
zu 18 S	5 101 Tausend Stück	0,5
zu 19 S	192 Tausend Stück	0,0
zu 20 S	185 635 Tausend Stück	12,3
zu 22 S	1 028 Tausend Stück	0,1
zu 25 S	87 811 Tausend Stück	3,4
von über 25 S	38 709 Tausend Stück	3,5
Insgesamt	1 099 749 Tausend Stück	100,0

Zigaretten		
Kleinverkaufspreis pro Stück	Versteuerte Menge nach dem Wert der Tabaksteuerzeichen berechnet	Prozent der Gesamtmenge
bis zu 1/2 S	11 190 Tausend Stück	0,2
zu 1 S	10 006 Tausend Stück	0,2
zu 1 1/2 S	2 531 Tausend Stück	0,0
zu 2 S	33 646 Tausend Stück	0,6
zu 2 1/2 S	12 385 Tausend Stück	0,2
zu 3 S	757 875 Tausend Stück	12,5
zu 4 S	2 241 495 Tausend Stück	37,0
zu 5 S	2 266 761 Tausend Stück	37,4
zu 6 S	524 592 Tausend Stück	8,7
zu 7 S	2 065 Tausend Stück	0,0
zu 8 S	117 862 Tausend Stück	2,0
zu 10 S	67 251 Tausend Stück	1,1
zu 12 S	5 357 Tausend Stück	0,1
zu 15 S	2 573 Tausend Stück	0,0
von über 15 S	705 Tausend Stück	0,0
Insgesamt	8 056 294 Tausend Stück	100,0

Zigarettenhüllen 214 485 Tausend Stück

Raubak		
Kleinverkaufspreis pro Stück	Versteuerte Menge nach dem Wert der Tabaksteuerzeichen berechnet	Prozent der Gesamtmenge
bis zu 6 S	823 Tausend Stück	1,4
zu 10 S	1 179 Tausend Stück	2,0
zu 12 S	169 Tausend Stück	0,2
zu 15 S	81 743 Tausend Stück	52,1
von über 15 S	27 004 Tausend Stück	44,3
Insgesamt	60 918 Tausend Stück	100,0

feingeschnittenen Raubak		
Kleinverkaufspreis pro Kilo	Versteuerte Menge nach dem Wert der Tabaksteuerzeichen berechnet	Prozent der Gesamtmenge
bis zu 6 M	42 169 Kilogramm	41,2
zu 7 M	9 928 Kilogramm	9,7
zu 8 M	4 967 Kilogramm	4,9
zu 9 M	146 Kilogramm	0,1
zu 10 M	6 756 Kilogramm	6,6
zu 12 M	4 622 Kilogramm	4,5
zu 14 M	8 606 Kilogramm	8,4
zu 16 M	6 979 Kilogramm	6,8
zu 18 M	1 284 Kilogramm	1,3
zu 20 M	7 764 Kilogramm	7,6
von über 20 M	9 098 Kilogramm	8,9
Insgesamt	102 319 Kilogramm	100,0

Pfeifentabak		
Kleinverkaufspreis pro Kilo	Versteuerte Menge nach dem Wert der Tabaksteuerzeichen berechnet	Prozent der Gesamtmenge
bis zu 1,— M	346 725 Kilogramm	4,2
zu 2,— M	516 518 Kilogramm	6,3
zu 2,50 M	221 502 Kilogramm	2,7
zu 3,— M	514 778 Kilogramm	6,3
zu 3,50 M	68 350 Kilogramm	0,8
zu 4,— M	1 098 665 Kilogramm	13,4
zu 4,50 M	48 253 Kilogramm	0,6
zu 5,— M	604 248 Kilogramm	7,4
zu 5,50 M	10 641 Kilogramm	0,1
zu 6,— M	2 304 285 Kilogramm	28,0
zu 7,— M	592 495 Kilogramm	7,2
von über 7,— M	1 892 442 Kilogramm	23,0
Insgesamt	8 218 902 Kilogramm	100,0

Schnupftabak		
Kleinverkaufspreis pro Kilo	Versteuerte Menge nach dem Wert der Tabaksteuerzeichen berechnet	Prozent der Gesamtmenge
bis zu 1 M	20 Kilogramm	0,0
bis zu 2 M	7 045 Kilogramm	1,3
bis zu 3 M	38 403 Kilogramm	7,0
bis zu 4 M	157 690 Kilogramm	28,7
von über 4 M	346 578 Kilogramm	63,0
Insgesamt	549 736 Kilogramm	100,0

Insgesamt betrug der Steuerwert der verkauften Tabaksteuerzeichen für

Zigaretten	28 267 217 Reichsmark
Zigarettenhüllen	55 179 378 Reichsmark
Raubak	520 052 Reichsmark
Feinschnitt	524 911 Reichsmark
Pfeifentabak	9 357 658 Reichsmark
Schnupftabak	323 177 Reichsmark
Zigarettenhüllen	321 727 Reichsmark
Insgesamt	94 494 120 Reichsmark

Zusammen betrug der Steuerwert der im Rechnungsjahr 1925/26 (1. April 1925 bis 31. März 1926) verkauften Tabaksteuerzeichen 601 310 447 Reichsmark.

An Zigaretten- und Pfeifentabak sind von Januar bis März 1926 insgesamt 4 060 376 Kilogramm in die Herstellungsbetriebe verbraucht worden; seit dem 1. Oktober 1925 zusammen 5 830 106 Kilogramm.

Tabakgewerbliches

Der Tabakhandel im April

In der neuesten Nummer der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ sind die vorläufigen Ergebnisse des deutschen Außenhandels im April 1926 veröffentlicht. Danach wurden in diesem Monat insgesamt 32 287 Doppelzentner Rohtabak im Werte von 8 432 000 Reichsmark eingeführt und 68 Doppelzentner Rohtabak im Werte von 14 000 Reichsmark ausgeführt.

Ein Kommentar zum Artikel III des Tabaksteuergesetzes

In der Karten-Auskunftei des Arbeitsrechts (Stuttgart) erläutert Herr Dr. Ehmke, Regierungsrat im Reichsarbeitsministerium, den Artikel III des Tabaksteuergesetzes und seine Ausführungsvorschriften. Dabei vertritt Dr. Ehmke den auch von uns geteilten Standpunkt, daß Alter und Staatsangehörigkeit für die Gewährung der Unterstützung bei Kurzarbeit ohne Bedeutung sind, daß also auch Jugendliche und Ausländer Anspruch auf Kurzarbeiterunterstützung erheben können. Nicht einverstanden erklären können wir uns mit der Anschauung Dr. Ehmkes, daß die Sonderunterstützung nur für Lohnausfälle gewährt werden dürfe, die sich auf die Zeit vom 1. Oktober 1925 bis 30. September 1926 erstrecken. Im Absatz 1 des § 18 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge heißt es, daß einem Erwerbslosen innerhalb von 12 Monaten die Unterstützung höchstens für die Dauer von insgesamt 26 Wochen gewährt werden darf. Für die Tabakarbeiter ist diese Unterstützungsdauer zunächst auf ein Jahr verlängert worden. Wenn demnach ein Tabakarbeiter infolge des Tabaksteuergesetzes am 1. Februar 1926 arbeitslos geworden ist, so hat er einen Unterstützungsanspruch bis zum 31. Januar 1927 und nicht nur bis zum 30. September 1926, vorausgesetzt natürlich, daß inzwischen das Arbeitslosenversicherungsgesetz nicht in Kraft getreten ist. Dasselbe gilt sinngemäß auch für die Kurzarbeiterunterstützung; jedoch erhalten die Fürsorgeverbände nach den jetzigen Ausführungsvorschriften nur bis zum 30. September dieses Jahres 90 Prozent der Ausgaben, die ihnen durch die Unterstützung der Kurzarbeiter entstehen, vom Reich ersetzt.

Die Berechnung der Unterstützungssätze für Kurzarbeiter im Tabakgewerbe

Zur Vermeidung von ungleichmäßigen Festsetzungen der Kurzarbeiterunterstützung hat der Reichsminister der Finanzen am 27. April dieses Jahres ein Schreiben an die obersten Landesbehörden für Erwerbslosenfürsorge gerichtet, wonach die Ausführungen unter Nr. 2 des Rundschreibens vom 16. Dezember 1925 folgende Fassung erhalten:

Zur Berechnung der Unterstützungssätze für Kurzarbeiter ist der Wochenlohn bei regelmäßiger Arbeitszeit durch sechs zu teilen. Hat also beispielsweise der Wochenlohn bei regelmäßiger wöchentlicher Arbeitszeit 24 Rm. betragen, so erhält der Kurzarbeiter für jede volle 4 Rm., um die sein Wochenarbeitsverdienst infolge Kurzarbeit zurückbleibt, den Tagesunterstützungssatz, den er als Erwerbsloser einschließlich Familienzuschläge beziehen darf. Die Unterstützung darf jedoch in keinem Falle den reinen Lohn- und Verdienstaussfall übersteigen. (Vgl. § 1 Nr. 4 der Anlage des Rundschreibens vom 24. März 1926 — R. M. b. F. I C 4734/II Bjt. 2. 1852, R. A. M. IV 4296/26.)

Kein Steuerabzug für Freizigaretten mehr

Nachdem die in der vorigen Nummer dieser Zeitung skizzierte Voraussetzung für den Fortfall des Steuerabzuges für Freizigaretten die Zustimmung der in Frage kommenden Organisationen gefunden hat, darf vom 28. Mai an für Freizigaretten keine Steuer mehr in Abzug gebracht werden. Damit fallen auch bestehende Rechtsstreitigkeiten in dieser Sache fort. Außerdem dürfen ergangene Entscheidungen keine rückwirkende Kraft auf sämtliche Betriebe haben.

Aktiengesellschaften in der Tabakindustrie

Nach einer Uebersicht in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ gab es am 31. Dezember 1925 in der deutschen Tabakindustrie insgesamt 130 tätige Aktiengesellschaften. Davon lief bei 19 das Kapital auf Mark und bei den übrigen 111 auf Reichsmark. Das Nominalkapital der zuletzt genannten 111 Aktiengesellschaften betrug insgesamt 67 605 000 Reichsmark, wovon 62 992 000 Reichsmark auf Stammaktien und 4 613 000 Reichsmark auf Vorzugsaktien liefen. Eine Einteilung nach der Höhe des Nominalkapitals ergibt

Aktien-	Nominal-	
gesellschaften mit je einem	kapital bis	
24	bis . . .	50 000 Rm.
18	„ „ „	100 000 Rm.
89	„ „ „	500 000 Rm.
14	„ „ „	1 000 000 Rm.
20	„ „ „	5 000 000 Rm.
1 Aktienges.	„ „ „	10 000 000 Rm.

Tabakarbeiterbewegung

Ausperrung in Norwegen

Wie wir im „Tabak-Arbeiter“ Nr. 17 berichten konnten, war der bis zum 30. April dieses Jahres gültige Tarifvertrag für die norwegische Tabakindustrie von den Unternehmern gekündigt worden. Unter der Voraussetzung, daß über die in Zu-

kunft zu zahlenden Löhne bald eine Vereinbarung zustande kommen werde, wurde vorläufig zu den alten Löhnen weiter gearbeitet. Die inzwischen stattgefundenen Verhandlungen haben jedoch nicht zu dem erwarteten Ergebnis geführt, denn die Unternehmer verlangten, daß die im Jahre 1924 gültigen Löhne um 12 Prozent reduziert werden sollten. Selbstverständlich konnten sich unsere norwegischen Kollegen auf einen solchen Vorschlag nicht einlassen, worauf die Unternehmer am 27. Mai die Aussperrung der Tabakarbeiter beschlossen. Von diesem Beschluß werden alle Tabakarbeiter betroffen, die bei den Mitgliedern der Norwegischen Arbeitgebervereinigung beschäftigt waren. Unser Wunsch geht dahin, daß es den norwegischen Kollegen gelingen möge, den Angriff der Unternehmer abzuwehren.

Wilhelm Herrmann †

Ein von hohen Idealen beseelter Kämpfer für die Sache des Tabakproletariats ist nicht mehr. Durch Krankheit und Not dazu getrieben, hat Wilhelm Herrmann, der Einsame und Alte von den Bergen, am 11. Mai seinem schicksalsreichen Leben ein Ende gemacht. Noch am 23. Februar dieses Jahres konnte er in Straupitz (Schlesien), wo er sich zuletzt niedergelassen hatte, im Kreise seiner Gesinnungsfreunde seinen 65. Geburtstag feiern. Mitglied des Verbandes war er ununterbrochen seit dem 21. August 1884. In diesen beinahe 42 Jahren ist er immer und überall für die ihm so heilige Tabakarbeiterbewegung eingetreten. Nichts war ihm zuviel und kein Opfer zu groß, wenn er mußte, damit seinen Idealen zu dienen.

Das Schicksal hat Wilhelm Herrmann durch fast alle Teile Deutschlands geführt, und von den älteren Mitgliedern des Verbandes dürften es nur wenige sein, die ihn nicht persönlich gekannt haben. Mit glühender Begeisterung trat er in Rede und Schrift für die Sache der Tabakarbeiter ein. Unsere Verbandszeitung verdankt ihm manchen wertvollen Beitrag, und auf Konferenzen und in Versammlungen mußte er immer das richtige Wort zu finden, um die Zaghaften und Wankelmütigen aufzumuntern. Noch im Jahre 1919 vertrat er seine schlesischen Kolleginnen und Kollegen auf dem Bremer Verbandstag. Seinen Wahlpruch: „Treu bis in den Tod will ich Dir sein!“ hat er in vollem Umfange gehalten, und deshalb werden die freigewerkschaftlich organisierten Tabakarbeiter ihren Wilhelm Herrmann auch niemals vergessen.

Eine „christliche“ Anstandsdame

In der „christlichen“ „Tabakarbeiter-Zeitung“ wendet sich eine G. Schm. an ihre älteren Kolleginnen und fordert sie auf, in Gegenwart jugendlicher Tabakarbeiterinnen schlüpfrige Redensarten zu unterlassen. Wir hätten von dieser Aufforderung nicht weiter Notiz genommen, wenn G. Schm. nicht versucht hätte, es so darzustellen, als wenn schlüpfrige Redensarten das besondere Kennzeichen freigewerkschaftlich organisierter Tabakarbeiterinnen wären. So schreibt sie u. a.: „Selbstverständlich leidet die christliche Gewerkschaft sehr darunter, denn das Kind erkennt ja hier nicht den Unterschied zwischen christlicher und „freie“ Gewerkschaften.“ Und später heißt es: „An alle Kolleginnen richte ich daher die dringende Bitte, auf diesem Gebiete alles aufzubieten, daß unsere Jugend unverdorben bleibt und durch uns den Unterschied zwischen christlichen und freien Gewerkschaften frühzeitig erkennt.“ Gegen diese Unverschämtheiten müssen wir unsere Kolleginnen ganz entschieden in Schutz nehmen. Wer schon nötig hat, den Kolleginnen der eigenen Gewerkschaftsrichtung so die Leviten zu lesen, wie G. Schm. es in der „christlichen“ „Tabakarbeiter-Zeitung“ tut, sollte die freien Gewerkschaften doch lieber aus dem Spiel lassen.

Verbandsteil

Am 12. Juni ist der 24. Wochenbeitrag fällig

Folgende Gelder sind eingegangen

27. Mai. Friesenheim 107,10.
28. Mannheim 100,—
29. Bruchsal 30,—. Merl 21,—. Briedel 28,50. Zell 6,50. Köln 1000,—. Rendsburg 100,—. Uetersen 60,—. Eppingen 50,—.
31. Berlin 600,—. Hohenhausen 100,—. Neumarkt 60,—. Hamburg 100,—. Stuttgart 108,50. Kaiserslautern 62,35.
1. Juni. Frankfurt a. d. O. 150,—. Sprottau 80,—. Breslau 500,—. Nordhausen 550,—. Steindorf 70,—. Schönberg 200,—. Elbing 1000,—. Jochenheim 50,—.
2. Cottbus 50,—. Ermschwerdt 12,—.
3. Berlin 1000,—.
4. Wikenhausen 100,—. Dresden 300,—. Baden-Baden 400,—.
5. Hamburg 250,—.
- Bremen, 6. Juni 1926.

Die Verordnung über den Volksentscheid

Auf Grund des § 4 des Gesetzes über den Volksentscheid vom 27. Juni 1921 (Reichsgesetzbl. S. 790) und des § 18 der Reichsstimmordnung vom 14. März 1924 (Reichsgesetzbl. I S. 173) wird auf Beschluß der Reichsregierung hiermit verordnet:

§ 1

Nachdem der Reichstag in seiner Sitzung vom 6. Mai 1926 den im Volksbegehren verlangten, aus der Anlage ersichtlichen Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Fürstenvermögen abgelehnt hat, wird dieser Gesetzentwurf zum Volksentscheid gestellt.

Der Gegenstand des Volksentscheids ist die Frage, ob der im Volksbegehren verlangte, vom Reichstag abgelehnte Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Fürstenvermögen Gesetz werden soll.

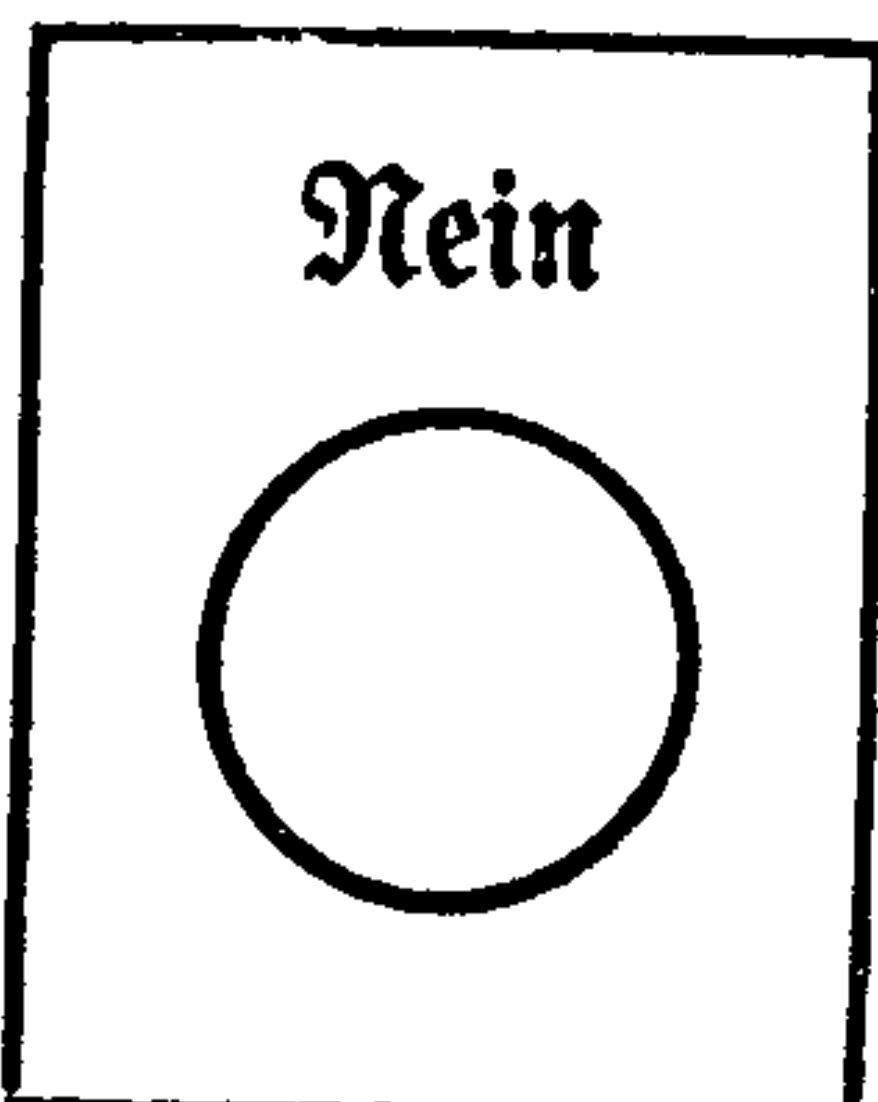
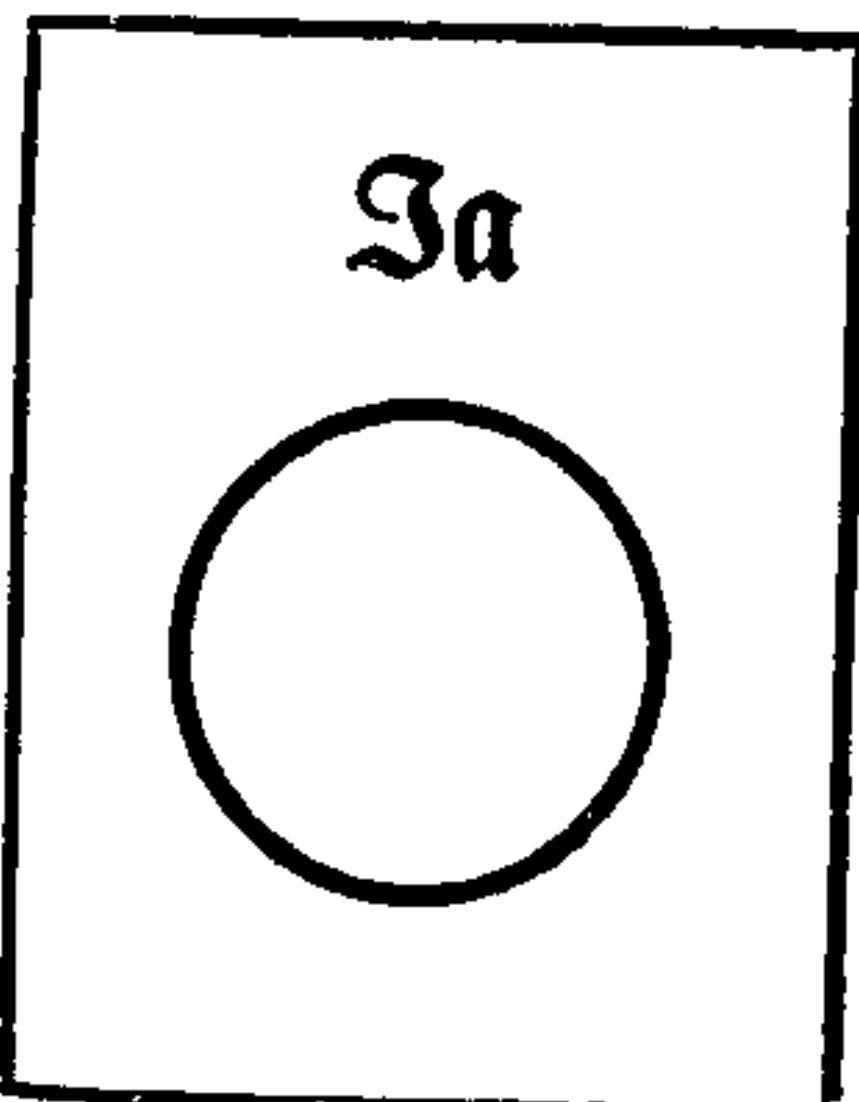
§ 2

Die Abstimmung findet am Sonntag, 20. Juni 1926, statt.

§ 3

Der Stimmzettel erhält den hier abgebildeten (verkleinerten) Ausdruck:

Soll der im Volksbegehren verlangte Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Fürstenvermögen Gesetz werden?



Die Stimmabgabe erfolgt in der Weise, daß der Stimmberechtigte, der die zur Abstimmung gestellte Frage bejahen will, das mit „Ja“, der Stimmberechtigte, der sie verneinen will, das mit „Nein“ bezeichnete Viereck durchkreuzt.

§ 4

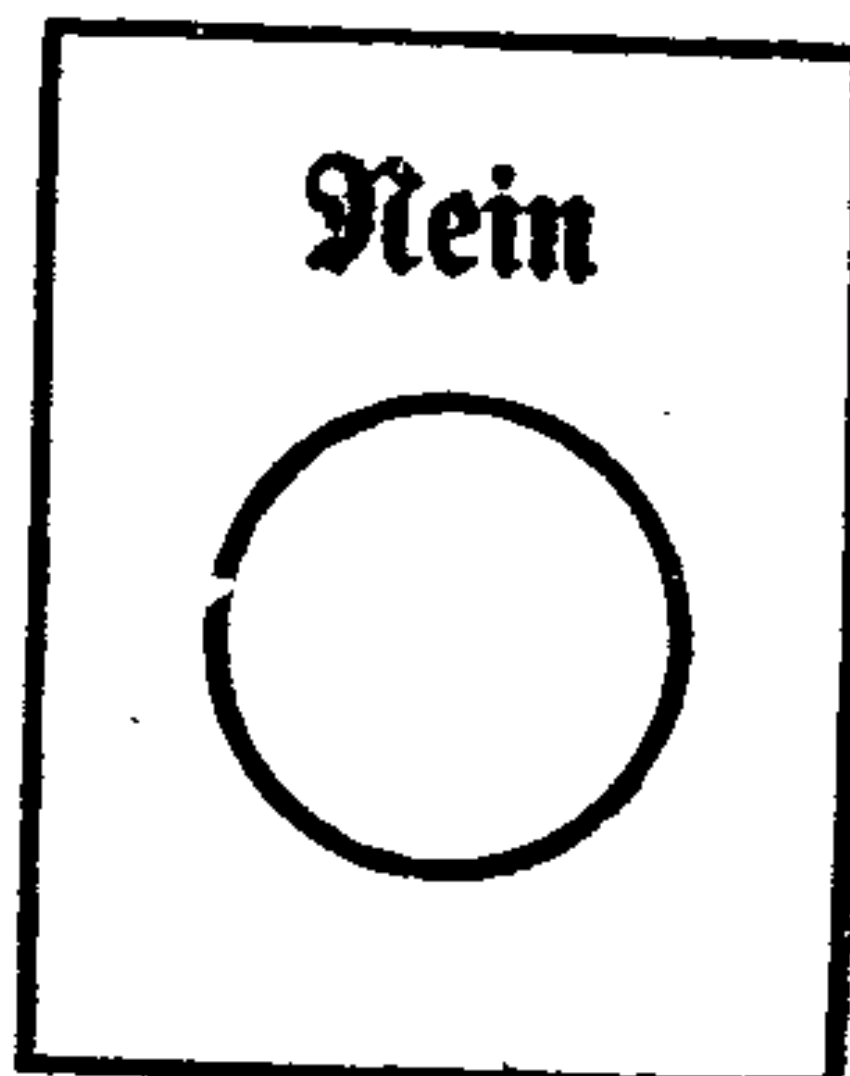
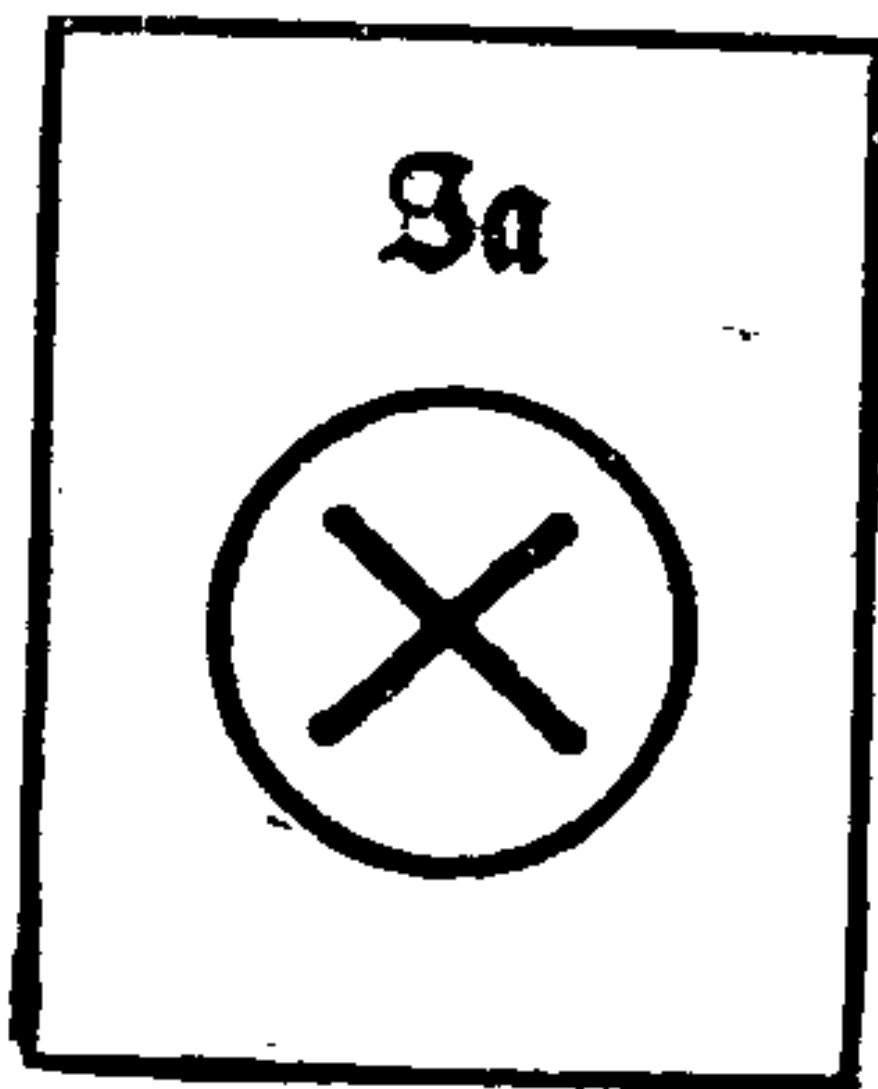
Die Stimmlisten und Stimmkarten sind vom 6. Juni 1926 bis einschließl. 13. Juni 1926 auszulegen. Die Gemeindebehörde kann die Auslegung schon früher beginnen lassen.

Berlin, den 17. Mai 1926.

Der Reichsminister des Innern
Dr. Külz

Richtig ausgefüllt steht der Stimmzettel so aus:

Soll der im Volksbegehren verlangte Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Fürstenvermögen Gesetz werden?



Schützt euch vor Ueberraschungen!

Der deutschen Gewerkschaftsbewegung, als Ganzes genommen, sind zurzeit die Flügel etwas gelähmt. Nicht, als ob sie ihre natürliche und lebendige Kraft verloren hätte. Aber die Monate hindurch andauernde und nur langsam einem Fortschritt Platz machende Wirtschaftskrise hemmt den Aufstieg der Arbeiterklasse nicht unwesentlich. Wenn Tausende und aber Tausende von Arbeitern vor den Toren der Fabriken, Werkstätten und Bauten stehen, hungrig und nach Arbeit verlangend, dann kann es als ausgeschlossen gelten, daß in den Belegschaften sich ein Kraftzentrum zu entwickeln vermag, mit Hilfe dessen Verbesserungen zu erreichen sind. Ueberdies sind die Massen der Gewerkschaften für soziale Leistungen und sonstiges stark in Anspruch genommen, so daß auch von dieser Seite aus ein gewisses Motiv der Lähmung in Erscheinung tritt.

Dauert die Krise den ganzen Sommer hindurch und tritt im Herbst jene naturgemäß einsetzende Verschlechterung hinzu, dann kann bald eine ähnliche Situation einsehen als Ende 1923. Damals waren die Gewerkschaften durch die Währungskatastrophe so gelähmt, daß sie den Anprall von Unternehmerseite nicht ganz zu widerstehen vermochten. Nur der nicht geringen Aktivität des ADGB. und namentlich der Autorität des Kollegen Leipart ist es zu danken gewesen, daß der Achtstundentag und anderes damals nicht vollständig verloren ging. Gewiß bekommen die Unternehmer nicht mehr einen so nachhaltig wirkenden Bundesgenossen, wie die Inflation es war, dennoch kann eine jahrelang wirkende Krise einen ähnlichen Zustand zeitigen, dessen Begleiterscheinungen den Unternehmern zu Hilfe kommen. Vor allem könnte eine solche Situation dazu

Kolleginnen!

Eine wichtige Aufgabe muß uns die folgenden Wochen ganz erfüllen: die Agitation für den Volksentscheid.

Wir alle wissen, um was es geht. Es gilt, die Republik lebensfähig zu erhalten. Die Fürsten wollen maßlose Entschädigungen vom deutschen Volke erpressen.

Im Volksbegehren hat das deutsche Volk durch 12 1/2 Millionen Unterschriften erklärt, daß es selbst entscheiden will über die Verwendung der Fürstenvermögen. Das waren dreimal so viel, als zunächst erforderlich waren. Es war gelungen, Aufmerksamkeit zu bringen in die Reihen der Unpolitischen, der Unwissenden. Auch die alten Leute, Sozialrentner, Männer und Frauen, haben Weg und Mühe nicht gescheut und sich eingetragen in die Listen, um den Volksentscheid gegenüber den Forderungen der Fürsten zu verlangen.

Am 20. Juni muß nun das Volk zur Wahl gehen. Es soll klären: Wir sind für die Fürstenenteignung. Wir wollen aus den Schlössern, Burgen, Villen, Gütern, die zum Teil nur ganz kurze Zeit im Jahre benutzt wurden, und die übrige Zeit nur von Schaulustigen besichtigt wurden, Genesungs- und Versorgungsheime machen für Kriegsbeschädigte, Sozial- und Kleinrentner und für unsere Großstadtjugend. Die Kinder der Republik, die das ganze Jahr in engen Straßen, in überfüllten Woh-

nungen leben, deren Eltern nicht die Mittel haben, mit ihnen Erholungsreisen zu machen, die sollen gesunden, sollen frisch und stark werden. Dazu braucht das deutsche Volk Geld, dazu braucht es Gebäude mit großen, lustigen, sonnigen Zimmern, umgeben von Gärten und Parks. Fröhliches Kinderlachen soll die Räume erfüllen das ganze Jahr.

Um das zu erreichen, liegt eine schwere Arbeit vor uns. 20 Millionen „Ja“ müssen am Wahltage abgegeben werden, wenn der Entwurf Gesetz werden soll.

20 Millionen Volksgenossen müssen eintreten für das Wohl der Republik. Keiner, der sich als treuer Republikaner fühlt, darf am Wahltage seine Wahlpflicht versäumen. Wer für kulturellen Aufstieg des deutschen Volkes eintritt, wer dafür ist, daß das gesamte deutsche Volk gesunde und die junge Republik stark und machtvoll werde, der muß zur Wahlurne gehen und mit „Ja“ stimmen.

Und alle die vielen, die in ihrer täglichen Arbeit, in ihrer Gleichgültigkeit dem politischen Geschehen teilnahmslos gegenüber sind, die die Wichtigkeit und die Bedeutung dieser Wahl nicht erfassen, die glauben, auf ihre Stimme komme es nicht an, oder die sich von Rechtsparteien beeinflussen lassen, die müssen wir sehend machen. Wir müssen aufklären, ermuntern, überzeugen. Vergessen wir nicht, daß auch unsere Gegner emsig an der Arbeit sind. Es wird ein harter Kampf um Recht und

beitragen, die soziale Lage der Arbeiterschaft zu verschlechtern. Bereits jetzt macht sich der Einfluß der Wirtschaftskrise auf die sozialen Kämpfe bemerkbar. Ein Anhaltspunkt hierfür ist aus der Entwicklung der Tariflöhne zu ersehen. Für das Halbjahr Oktober 1925 bis April 1926 werden amtlich bezüglich der Entwicklung der Tariflöhne folgende Zahlen angegeben:

	Tarifmäßiger Wochenlohn für	
	gelernte Arbeiter	ungelernte Arbeiter
	M	M
Oktober 1925	45,03	33,34
November 1925	45,96	33,90
Dezember 1925	45,98	33,92
Januar 1926	45,98	33,92
Februar 1926	46,02	33,95
März 1926	46,02	33,95
April 1926	46,00	33,89

Im Zeitraum eines halben Jahres ist also ein Stillstand der Lohnentwicklung nach oben eingetreten. Stillstand ist bekanntlich Rückschritt. Es ist keine zureichende Feststellung, die wir hier zu machen gezwungen sind. Dennoch ließe sich darüber reden, wenn die von der Reichsregierung mit großem Tamtam in Szene gesetzte Preisabbauaktion von Erfolg gewesen wäre und von dieser Seite aus der Reallohn eine Erhöhung erfahren hätte. Leider kann hier über ein erfreuliches Resultat nicht berichtet werden. Das dürfte aus nachfolgenden Ziffern des Statistischen Reichsamts hervorgehen:

	Großhandelsindex	Lebenshaltungsindex
Oktober 1925	123,7	143,5
November 1925	121,1	141,4
Dezember 1925	121,5	141,2
Januar 1926	120,0	139,8
Februar 1926	118,4	138,8
März 1926	118,3	138,3
April 1926	123,5	139,9
12. Mai 1926	123,5	—

Was den Großhandelsindex anbelangt, so ist die Preisabbauaktion der Regierung ohne Erfolg gewesen. Der Lebenshaltungsindex wäre allerdings um gut 2 Prozent gefallen. Doch will dies nicht viel besagen. Im ganzen ist zu konstatieren, daß die soziale Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sich nicht wesentlich gebessert hat, seitdem die Krise mit aller Wucht einsetzte. Schließlich kann noch von einem Erfolg gesprochen werden, indem es gelang, die Gelüste der Unternehmer auf Lohnabbau abzuwehren. Bekanntlich tragen sich noch heute Unternehmer mit dem Gedanken, die Löhne abzubauen. Es wird Sache der Gewerkschaften sein, den Unternehmern hier einen Strich durch die Rechnung zu machen. Wie obige Zahlen zeigen, konnte der Tendenz zur Verschlechterung widerstanden werden.

Die gegenwärtige Regierung hat ja bekanntlich die gesetzliche Preisabbauaktion offiziell eingestellt. Durch den parteiischen Reichswirtschaftsminister hat sie erklären lassen, daß sie die in Aussicht genommenen und durch Verordnung teilweise schon in Kraft gesetzten Maßnahmen zur Preislenkung nicht mehr weiter zu verfolgen gedenke. Wir können uns also auf eine weitere Preissteigerung gefaßt machen. Und da muß doch ernsthaft die Frage erwogen werden, ob die Lohn- und

Gehaltsempfänger trotz der Krise in ihrer Schaffsgeduld verharren und auf jede Lohnerhöhung verzichten sollen.

Alles wird davon abhängen, wie die Arbeiter, Angestellten und Beamten ihre Organisationen schlagfertig halten können oder ihre Aktionskraft zu steigern in der Lage sind. Wenn schon die Regierung vor den Unternehmern fetze zurückweicht, dann muß die Arbeiterschaft die Möglichkeit haben, gegebenenfalls vorzustößen. Dies kann sie nur, wenn sie Macht zu entfalten vermag. Es sieht in keiner Beziehung so aus, daß die Wirtschaftskrise sich bald mildern könnte. Deshalb sind wir vor Überraschungen keineswegs sicher. Die breite Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger kann sich nur vor Überraschungen schützen, wenn ihre Gewerkschaftsverbände organisatorisch und finanziell intakt sind. Schaut nach, ob dies so ist. Ist es nicht so, dann wird es höchste Zeit, alle Vorbereitungen zum Ausbau der Organisation zu treffen.

Staatssubventionen

Zum ständigen Programmpunkt aller Zusammenkünfte von Vertretern der Industrie, der Landwirtschaft, des Handels und der Banken in den letzten Jahren gehörte die Klage über die Thesaurierungspolitik des Reichs und der Länder. Das Reich erhebe, so erklärte man, viel zu viel Steuern, und es wäre an der Zeit, daß eine fühlbare Steuerlenkung Platz greifen müsse. Mit Steuerlenkung meinte man natürlich nicht die die breite Masse belastenden Steuern und Abgaben, sondern diejenigen, die von den Unternehmungen aufgebracht werden müssen. Wie ein Hohn mutete es demgegenüber an, wenn man an das Reich bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit zwecks einer Stützung bestimmter Industriezweige oder einzelner Unternehmungen herantrat. Wenn irgendwo eine Industrie oder ein größeres Unternehmen in Schwierigkeiten geriet, dann wußte man den Weg zum Reichsfinanzministerium oder den Finanzministern der Einzelstaaten zu finden. Und man fand es durchaus in der Ordnung, daß die öffentlichen Körperschaften überall einzuspringen hätten. Woher das Reich aber die Mittel nehmen sollte, wenn die gewünschten Steuerlenkungen in vollem Umfange durchgeführt würden, davon machte man sich nicht die geringsten Gedanken. Wahrscheinlich fand man es in der Ordnung, daß die Massensteuern auch noch die Gelder für die umfangreichen Subventionen erübrigen müßten.

Die wirtschaftliche Betätigung des Reiches, der Länder und der Gemeinden ist seit der Bildung der modernen Staatswesen mannigfacher Veränderungen unterworfen gewesen. Im Zeitalter des Merkantilismus, wo der Uebergang vom feudalen zum kapitalistischen Wirtschaftssystem sich bemerkbar machte, gehörte die künstliche Förderung bestimmter Industriezweige durch den Staat zur alltäglichen Erscheinung. Napoleon hat hierin großes geleistet, und in Preußen war es namentlich Friedrich II., der die Hilfe und die Mittel des Staates zur Errichtung und zum Schutze neuer Industrien und zu deren Absatzfähigkeit einsetzte. In der liberalen Wirtschaftsepoche, wo der Gedanke des Manchesterturns zur herrschenden Richtung geworden war, glaubte man den Schutz und die Hilfe des Staates entbehren zu können. Der Grundsatz *laissez faire laissez aller* wurde Trumpf. Doch mit dem Uebergang Deutschlands vom

Freiheit. Wir Frauen müssen mit Ausdauer und nie verzagendem Mut Seite an Seite mit den Männern die schwere, aber so notwendige und wichtige Kleinarbeit schaffen. Und wir werden es tun. Wir Frauen werden alle auf dem Posten sein. Wir werden unsere ganze Kraft einstellen in den Dienst für die Republik und werden mithelfen, daß der 20. Juni ein Siegestag der Republik werde.

Anna Wendt

Die Fürsten oder das Volk?

1914: Millionen von Männern wurden herausgerissen aus ihren Arbeitsstätten, aus ihren Familien, mußten ins Feld ziehen. Millionen von Frauen waren gezwungen, die Plätze der Männer einzunehmen, Tag und Nacht zu arbeiten, ihren Körper viel zu früh zu verbrauchen; Millionen von Kindern darben körperlich und seelisch, entbehrten die Erziehung und Pflege von Vater und Mutter.

1918: Der Zusammenbruch kam. Zwei Millionen Männer hatten ihr Leben fürs Vaterland gelassen. Weitere Hunderttausende kehrten gebrochen an Leib und Seele in die Heimat zurück. Aber kaum einer von den Männern, die draußen im Grauen des Krieges waren, kaum eine von den Frauen, die in der Heimat weit über ihre Kräfte arbeiteten, hatten ihre volle Gesundheit behalten. Diejenigen, die nicht unschuldig an diesem

Unglück waren, flohen über die Grenzen oder versteckten sich in Schlupfwinkeln. Männer des Volkes mußten das steuerlos gewordene Staatsschiff vor dem Zerschellen behüten.

1926: Dieselben Fürsten, die 1918 froh waren, ihr Leben zu retten, verlangen vom deutschen Volke 3 Milliarden Mark!

Was bedeutet das alles? Die europäische Wirtschaft und ganz besonders die deutsche ist durch den Krieg zerstört. Zwei bis drei Millionen Arbeitslose fühlen es täglich an der Verelendung ihres Körpers, ihrer Häuslichkeit, ihrer Familie, Tausende von kleinen Gewerbetreibenden, von Geschäftsleuten verlieren die mühsam aufgebaute Existenz. Selbstmorde und Familientragödien belehren uns täglich über die Tragik dieser Wirtschaftskrise und über die Notwendigkeit ihrer Ueberwindung. Es gilt also neue Wege zum Wiederaufbau zu finden, es gilt die Kräfte des gesamten Volkes zusammenzuraffen, um Deutschland vor dem wirtschaftlichen und kulturellen Untergang zu bewahren.

Dazu ist nur ein körperlich und seelisch gesundes Volk fähig, und dieses Ziel muß erreicht werden in erster Linie durch einen Ausbau unserer Sozialpolitik.

Wie aber sieht es damit aus? Im sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags führt die Sozialdemokratie den zähesten Kampf um die Verbesserung der Erwerbslosenfürsorge, um der Unterernährung von drei Millionen Menschen und ihrer An-

Agrar zum Industriestaat, hauptsächlich nach der großen Krise der 70er Jahre, hatte die Manchesterlehre in Deutschland ihren Boden verloren. Die Bismarcksche Schutzzollgesetzgebung im Jahre 1879 leitete ein neues Zeitalter ein. Dennoch gehört die Einsetzung von staatlichen Mitteln finanzieller Natur zur Seltenheit. Erst die Nachkriegszeit schuf die Voraussetzungen für eine neue Wirtschaftspolitik der staatlichen Organe. Mehr als zu irgendeiner Zeitperiode ist der Staat von heute mit den wirtschaftlichen Interessen des Landes verbunden. Die Reparationsfrage namentlich zwingt das Reich in die Verkettungen der nationalen und internationalen Wirtschaft. Ein Vergleich der Tagesordnungspunkte des Reichstages vor dem Kriege und jetzt zeigt mit aller Deutlichkeit, in welchem Maße Wirtschaftsfragen die politischen Körperschaften beschäftigen.

Doch etwas grundsätzlich Neues, wenigstens in so breiter Form, ist die finanzielle Unterstützung, die das Reich, die Länder und die Gemeinden der privaten Wirtschaft in den letzten Jahren angedeihen lassen. Und hier haben sich recht bedenkliche Formen bemerkbar gemacht. Bedenklich vor allem deshalb, weil die finanziellen Mittel der öffentlichen Organe durchaus nicht immer in richtige Kanäle geleitet wurden. Die deutsche Industrie durchläuft eine Periode der Umwälzungen. Und hier kann nicht alles bestehen bleiben, was sich teilweise in den abnormen Verhältnissen des Krieges und der Inflation, entwickelt hat. Im Gegenteil verlangt die Durchführung der Rationalisierung die Ausschcheidung des von der Entwicklung überholten und überflüssigen. Vergeudung von finanziellen Mitteln und Arbeitskräften in überflüssigen Industriezweigen widerspricht dem Gedanken der Rationalisierung. Leider muß festgestellt werden, daß die Mittel des Staates diesen Grundsatz mißachtend angewendet wurden. Wenn z. B. der Flachsbau und die Flachspinnereien neun Millionen Mark vom Reich erhalten sollen, so muß man daran erinnern, daß dieser Gewerbebezirk erst in der Kriegs- und Nachkriegszeit infolge des Rohstoffmangels künstlich emporgezüchtet wurde und es zweifelhaft erscheint, daß auch für alle Zukunft der deutsche Flachsbau Lebensnotwendigkeit besitzt. Die Gelder, die das Reich in der letzten Zeit in Form von Garantien und Krediten der privaten Wirtschaft zur Verfügung gestellt hat, werden auf mehr als drei Viertel Milliarden Mark geschätzt. Dazu tritt noch der Ruffenkredit in Höhe von 300 Millionen Mark und die Summen, die über den Weg der öffentlichen Finanzinstitute (Reichsbank, Reichskreditanstalt, Preussische Staatsbank, Preussische Kasse usw.) ausgeliehen worden sind. Im „Wirtschaftsdienst“, Heft 21 vom 28. Mai, finden wir eine Zusammenstellung der direkt gewährten Kredite und übernommenen Garantien. Danach wurden solche u. a. gewährt:

Unternehmungen	Kredite in Millionen Mark
Vulkan-Werke	7,5
Junkers-Werke	14,7
Röchlings-Konzern	20,5
Rheinmetall	19,0
Oberschlesische Montanunternehmungen	36,0
Siesche Werke	?
Deutsche Werke	10,0
Düngemittel und Erntebearbeitungs-Kredit	125,0

entgegenzuwirken. Die Reichsregierung, die Länder, antworten auf alle Forderungen, daß das nötige Geld nicht vorhanden ist.

Schwere Klage wird erhoben darüber, daß jährlich eine halbe Million Frauen ihre Schwangerschaft unterbrechen, weil die Not der Zeit ihnen die Mutterschaft zur unerhörten Qual macht. Soll dieser für die Frauen wie für das ganze Volk untragliche Zustand abgeändert werden, so muß die Schwangerschafts- und Mutterschaftsfürsorge so ausgebaut werden, daß die materiellen Sorgen der Mutterschaft erträglich werden. Die Antwort der Reichsregierung, der Länder, der Krankenkassen auf unsere diesbezüglichen wiederholten Forderungen lautet: Es ist kein Geld vorhanden.

Wollen wir die gesundheitlichen Schäden des Krieges so weit wie irgend möglich überwinden, so ist die Verbesserung der Krankenhilfe, besonders auch der Familienkrankenhilfe, erste Voraussetzung. Allen diesbezüglichen Anträgen gegenüber bitten die Krankenkassen um Vermeldung einer weiteren Beistellung, da zahlreiche Arbeitgeber infolge der finanziellen Not in der Lage sind, die Krankenkassenbeiträge zu zahlen, die die Krankenkassen insgedessen keine Mittel haben.

Unsere Arbeitsinvaliden, unsere Arbeiterwitwen und -kinder, denen das deutsche Volk unendlich viel verdankt, müssen sich heute mit Bettelpfeulichen, anstatt einer Rente be-

Schichau-Werft	Garantien in Millionen Mark
Mannesman-Mulag	6,5
Stumm-Konzern	8,5
Stickstoffsyndikat und Kalisyndikat	12,5
Superphosphatindustrie	20,0
Motorflugindustrie	10,0
Stärkekartoffelindustrie	21,0
Winzerkredit	7,5
	30,0

Ein nicht geringer Teil dieser hier aufgezählten Kredite wurde für die Landwirtschaft verwandt. Unter diesen Umständen muß man zu der Frage kommen: was wird eigentlich zur Erhaltung der Arbeitskraft der breiten Masse ausgegeben? Schließlich ist die Erhaltung der Gesundheit der großen Bevölkerungsschichten nicht minder wichtig, als das Durchhalten bestimmter Industriezweige. Die Arbeitslosenunterstützungen müssen zum großen Teil von den Arbeitern selbst aufgebracht werden. Was dem einen recht ist, sollte dem andern billig sein. Wenn schon Staatssubventionen in verschwenderischer Fülle für die private Industrie ausgegeben werden, dann muß man auch gegebenenfalls an die Subventionierung der lebendigen Arbeitskraft denken. Denn nicht immer haben jene Kredite zur Erhaltung und Beschaffung von Arbeitsgelegenheit gedient. Der Verlauf der Krise wird ja zeigen, was das Reich und die Länder gegebenenfalls auch für die Arbeiter, Angestellten und Beamten übrig haben.

Genossenschaftliches

23. ordentlicher Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine

Vom 14. bis 16. Juni sind in München die Vertreter der im Zentralverbande deutscher Konsumvereine zusammengeschlossenen Genossenschaften versammelt. Der im Jahre 1903 gegründete Zentralverband umfaßt die übergroße Mehrzahl der deutschen Konsumvereine und bildet eine der größten deutschen Genossenschaftszentralen. Seit der Gründung stieg die Zahl der zugehörigen Genossenschaften von 685 auf 1113, obwohl im Laufe der Jahre Hunderte von Konsumvereinen mit anderen verschmolzen wurden. Die Mitgliederzahl erhöhte sich von 575 449 auf 3 383 755, die Zahl der in der Warenverteilung und Warenherstellung beschäftigten Personen von 7081 auf 42 641. Der Gesamterlös stieg von 176 456 549 M auf 854 368 720 M, wovon 14 712 751 M bzw. 205 981 117 M auf Waren entfielen, die in eigenen Betrieben hergestellt wurden. Der Wert des Grundbesitzes erhöhte sich von 22 149 330 M auf 100 001 866 M, das zur Verfügung stehende Kapital von 39 446 001 M auf 177 886 353 M.

Der Genossenschaftsring wird sich mit einer Reihe wichtiger Fragen beschäftigen, wie: das konsumgenossenschaftliche Sparwesen, die verbandsseitige Verteilungsstellenrevision, der Grundsatz der Barzahlung, die Aufwertungs-gesetzgebung u. a. m.

Anschließend werden die Generalversammlungen der Groß-einkaufsgesellschaft und der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine abgehalten. Die 1894 ins Leben gerufene Groß-einkaufsgesellschaft dient den Konsumvereinen als Zentrale für

gnügen, die ihnen ein einigermaßen erträgliches Leben sichert. Allen unseren Forderungen auf Erhöhung der Renten gegenüber erhalten wir die Antwort: Die Versicherungsanstalten brechen zusammen, wenn ihnen höhere Leistungen zugemutet werden.

Dazu kommen die Millionen direkter Kriegsoffer, denen während des Krieges das Wort vom Dank des Vaterlandes nicht oft genug gesagt werden konnte, und die sich heute mit kargen Renten mühsam durchs Leben quälen müssen, weil das deutsche Volk arm geworden ist.

Mangel an Geld also, wohin wir blicken. Mangel an Geld, der die Befundung unseres Volkes verhindert. Und in einer solchen Zeit fordern die Fürsten von diesem verarmten deutschen Volke einen Betrag von drei Milliarden Mark. Eine Summe, die ausreichen würde, um unseren Erwerbslosen über die Monate der Erwerbslosigkeit hinwegzuhelfen, eine Summe, die den jungen Generation zur Befundung helfen könnte, eine Summe, die den verarmten Alten ihren Lebensabend erleichtern würde, soll gezahlt werden an Fürsten, das heißt an Leute, die größtenteils im Auslande ihre Besitzungen haben und dort ein Wohlleben führen. Ob dieses Unerhörte wirklich geschehen soll, darauf sollen die deutschen Mädchen, Frauen und Mütter am 20. Juni die Antwort geben.

Louise Schroeder, W. d. R.

den Wareneinkauf und die Warenherstellung, die in mehr als 40 großen, modern eingerichteten Fabriken erfolgt. Ihr Gesamtumsatz stieg im letzten Jahre von 198 468 279 M auf 228 169 471 M. Die Verlagsgesellschaft stellt außer den vom Zentralverband herausgegebenen Zeitungen („Konsumgenossenschaftliche Rundschau“, wöchentlich, 18 500 Auflage, „Konsumgenossenschaftliches Volksblatt“, halbmonatlich, 850 000 Auflage) Jahrbücher, Fachliteratur, Geschäftsbücher und Drucksachen aller Art und Packpapier, Tüten und Beutel her und betreibt eine umfangreiche Versicherungsabteilung für die angeschlossenen Vereine und deren Mitglieder. Ihr Umsatz belief sich im letzten Jahr auf 7 708 350 M.

Rundschau

Die Reichsindexziffer im Mai

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats Mai auf 199,9 gegen 199,6 Proz. im Vormonat. Sie hat sich sonach um 0,3 Proz. erhöht. Bei den Ernährungsausgaben wurden Preissteigerungen für Brot und Mehl, Gemüse und Kartoffeln durch das weitere Nachgeben der Preise für Milch und Milchzeugnisse und Eier zum großen Teil ausgeglichen. In einzelnen Teilen des Reiches sind auch die Ausgaben für Wohnung gestiegen.

Neue Erhebungen über die Erwerbslosenfürsorge

Der SPD. berichtet: „Das Reichsarbeitsministerium hat sich auf eine im Verwaltungsrat der Reichsarbeitsverwaltung gegebene Anregung hin entschlossen, vor der Umstellung der Erwerbslosenfürsorge auf das Lohnklassensystem eine Erhebung über die Verteilung der Arbeitslosen auf die verschiedenen Lohnklassen vorzunehmen. Infolgedessen ist die Befürchtung aufgekommen, daß die Regierung eine Verschleppung der Umgestaltung der Erwerbslosenfürsorge plane. Wie wir dazu vom Reichsarbeitsministerium erfahren, wird das Ergebnis der Erhebungen bis zum Oktober fertig vorliegen. Um die Erhebung vornehmen zu können, muß vom Reichstag ein dementsprechendes Gesetz beschlossen werden. Der Entwurf hierzu wird, wie das Reichsarbeitsministerium versichert, mit Beschleunigung dem Reichstag vorgelegt werden. Am 5. Juni wird ein Unterausschuß des Verwaltungsrats der Reichsarbeitsverwaltung die Art der Erhebungen (Fassung der Formulare für die Statistik u. dgl.) festlegen.“

Mehr zollfreies Gefrierfleisch nach Deutschland

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund, der Allgemeine Deutsche Beamtenbund und der Gewerkschaftsring haben am 2. Juni an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft eine Eingabe gerichtet, in der sie die Erhöhung der „Menge des zollfrei einzuführenden Gefrierfleisches“ fordern. Die Eingabe ist gleichzeitig dem Reichskanzler und dem Reichsarbeitsminister zur Kenntnisnahme zugegangen. Die Eingabe lautet:

Nach dem Wortlaut des Gesetzes über Zolländerungen ist „Gefrierfleisch im Rahmen der bisherigen Einfuhr zollfrei zu lassen“. Durch diese Bestimmung „im Rahmen der bisherigen Einfuhr“ war die Möglichkeit gegeben, diejenige Menge als Maßstab zugrunde zu legen, die in den letzten Monaten vor dem Inkrafttreten des Gesetzes eingeführt worden waren. Das Reichsernährungsministerium hat aber als Maßstab die geringere Menge des Jahres 1924 angenommen. Das Jahr 1924 sollte indes als Normaljahr nicht in Betracht gezogen werden, weil die Kaufkraft der Bevölkerung nach der Währungsstabilisierung noch bis weit in das Jahr hinein so geschwächt war, daß der Fleischkonsum im allgemeinen, besonders der Gefrierfleischkonsum für die minderbemittelte Bevölkerung nicht in einem für die Volksernährung notwendigen Ausmaße möglich war. War doch der Fleischverbrauch der Bevölkerung von über 50 Kilo je Kopf im Jahre 1913 auf rund 30 Kilo im Jahre 1923 herabgesunken. Zwar ist der Fleischverbrauch im Jahre 1924 auf rund 42 Kilo gestiegen, während er 1925 bereits 47 Kilo betrug.

Nach den bekanntesten deutschen Physiologen, die in diesem Punkte völlig übereinstimmen, sollte auf den Kopf der deutschen Bevölkerung im Hinblick auf ihre industrielle Betätigung ein Fleischverbrauch von mindestens 70 Kilo jährlich entfallen. Bekanntlich beträgt der Fleischverbrauch in den Vereinigten Staaten von Nordamerika auf den Kopf der Bevölkerung über 80 Kilo. Die deutsche werktätige Bevölkerung hat also nur die halbe Fleischernährung gegenüber der Bevölkerung der Vereinigten Staaten.

Zum gesundheitlichen Wohle der deutschen Arbeitnehmerschaft richten daher die unterzeichneten Spitzenverbände an den Herrn Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft das Ersuchen, als Maßstab zollfrei einzuführenden Gefrierfleisches die Menge zugrunde zu legen, die im letzten Wirtschaftsjahr vor Inkrafttreten des Gesetzes eingeführt worden ist.

Aus den Gauen und Zahlstellen

Elbing. Eine am 1. Juni tagende Mitgliederversammlung besaßte sich mit folgender Tagesordnung: 1. Wahl von Delegierten zur bevorstehenden Bezirkskonferenz in Elbing; 2. Der Kampf um die Erwerbslosen-Unterstützung; 3. Gewerkschaftliches. Vor Eingang in die Tagesordnung sprach unsere erste Bevollmächtigte Kollegin Samstengel im Auftrage des Vorstandes sowie der Mitgliedschaft Elbing dem Kollegen Baumhardt als Verbandsleiter der Zahlstelle und Bezirksleiter von Nordost für seine 23jährige Zugehörigkeit zum Deutschen Tabakarbeiter-Verband den besten Dank aus. Ferner wurde dem Jubilar eine Ehrengabe von der Mitgliedschaft Elbing überreicht. Alsdann wurde zur Tagesordnung übergegangen und für die bevorstehende Bezirkskonferenz folgende Mitglieder gewählt: Samstengel, Libor, Gentnich, Ernst Karle, Kautenberg und Schwaib, für die Arbeitslosen Lenz, als Stellvertreter Neubert. Hierauf hatte Kollege Baumhardt das Wort und führte aus, daß die bevorstehenden Sätze der Erwerbslosen-Unterstützung ihre Geltung bis zum 3. Juli behalten. Redner kam dann auf die Zwischenregelung, wie sie von den Gewerkschaften und der Regierung vorgeschlagen ist, zu sprechen. Unter Gewerkschaftliches wurde der am 20. Juni stattfindende Volksentscheid behandelt. Die Mitglieder wurden aufgefordert, sich restlos daran zu beteiligen, und für die nötige Propaganda zu sorgen.

Literarisches

Viertes Jahrbuch des Internationalen Gewerkschaftsbundes 1926. Amsterdam 1926. Verlag des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Preis 10 M.

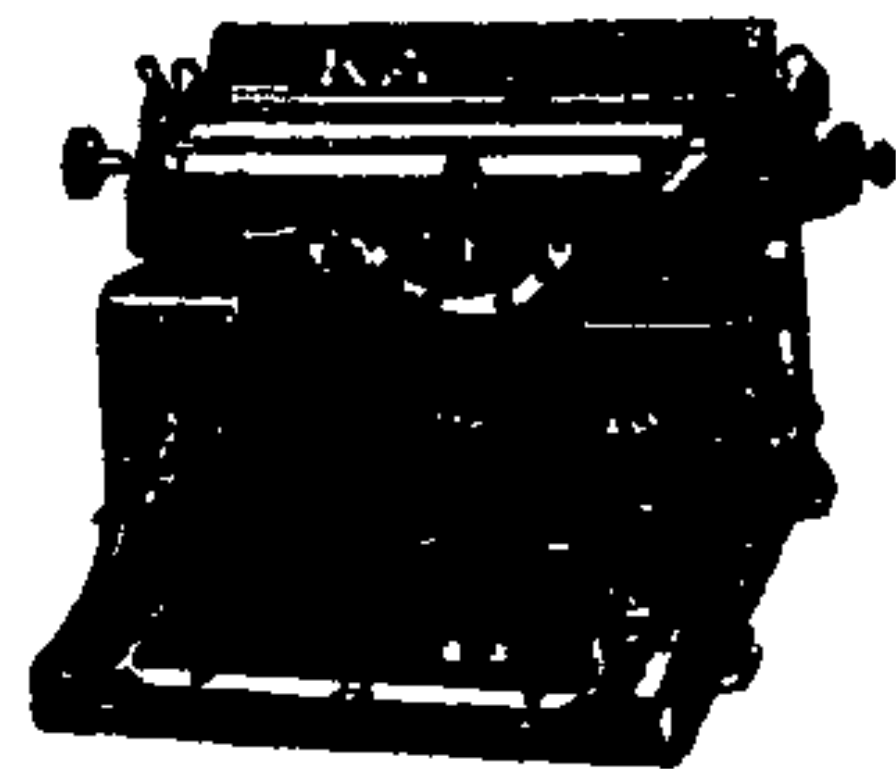
Diese alle Jahre erscheinende Veröffentlichung des IGB. hat sich unter den Publikationen statistischer Art bereits einen anerkannten Platz erobert. Bei Besprechungen des Jahrbuchs 1925 wurde sie als die wichtigste bisher über Arbeiterorganisationen erschienene Veröffentlichung genannt, „ein ebenso verdienstliches und fleißiges als notwendiges Werk, das als Adress- und Nachschlagebuch unentbehrlich ist und dessen Anschaffung nicht allein für jeden in der internationalen Arbeiterbewegung tätigen oder an ihr interessierten Gewerkschafter und Politiker notwendig sei, sondern für alle Kreise, die sich mit Sozialpolitik beschäftigen.“

Die neue Ausgabe ist 150 Seiten stärker als die Ausgabe 1925 und enthält u. a. die Namen, Adressen und Mitgliederzahlen aller dem IGB. und den internationalen Berufssekretariaten angeschlossenen Organisationen, eine Liste der von ihnen herausgegebenen Zeitungen, eine Uebersicht der Gewerkschaftsbewegung der ganzen Welt, eine Liste aller bestehenden Arbeiterbildungseinrichtungen, der Sektionen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, der Jugend-Internationale usw., endlich ausführliche Berichte über die dem IGB. angeschlossenen Organisationen, die Wirksamkeit der Internationalen Berufssekretariate, eine Uebersicht über die Hauptbestimmungen der Statuten der Landeszentralen und der Berufssekretariate usw.

Das Jahrbuch, dessen Anschaffung dringend empfohlen wird, kann von der Verlagsgesellschaft des IGB. m. b. H., Berlin S 14, Inselstraße 8, bezogen werden.

Brauchen Sie eine Schreibmaschine?

Lassen Sie sich die



vorführen, Sie entscheiden sich sicher für diesel

Besondere Vorzüge:

- / Offene Bauart / Leichtester Anschlag / Geräuschloser Wagenrücklauf /
- / Zwangswelke Großbuchstabenperre /
- / Ueberall Vertretungen, daher Vorführung jedergelt möglich /

Maschinenfabrik Kappel A.-G.

Chemnitz-Kappel / Begr. 1860

Billige, böhmische Bettfedern



1 Kilo graue, geschlossene O.-M. 3.-, halbweiche O.-M. 4.-, weiße O.-M. 5.-, schwere O.-M. 6.-, 7.-, 8.-, 9.-, 10.-, beste Sorte O.-M. 11.-, weiße ungeschlossene Rupffedern O.-M. 12.-, beste Sorte O.-M. 13.-, 14.-, 15.-, Versand franco, zollfrei, Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet.

Benedikt Sachsel, Lohes 245 b. Pilsen-Böhmen.